

Tidten, Markus

Research Report

Gesellschaftliche Veränderungen in Japan: Vorzeichen politischen Wandels?

SWP-Studie, No. S 20/2003

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Tidten, Markus (2003) : Gesellschaftliche Veränderungen in Japan: Vorzeichen politischen Wandels?, SWP-Studie, No. S 20/2003, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252470>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Markus Tidten

Gesellschaftliche Veränderungen in Japan

Vorzeichen politischen Wandels?

S 20
Mai 2003
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2003

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

Problemstellung und Schlußfolgerungen	5
Das politische System seit 1955	7
Anzeichen gesellschaftlicher Veränderungen	9
Klientelismus und Gruppenloyalität geraten ins Visier der Kritik	11
Gesellschaftliche Entwicklung und politischer Rahmen	15
Fazit und Ausblick	17
Termini und Abkürzungen	19


Gesellschaftliche Veränderungen in Japan Vorzeichen politischen Wandels?

Seit mehreren Jahrzehnten wird Japan sowohl in den Medien wie auch von Japanexperten immer wieder als Ausnahme unter den westlichen Industrienationen dargestellt. Immer wieder wird aber auch von großen Veränderungen in Japan berichtet. Meist werden solche Berichte jedoch bald darauf dementiert oder es wird zumindest dargelegt, warum die zuvor beobachtete Veränderung dann doch kein völlig anderes Japan hervorgebracht hat.

Trotz häufiger Personalwechsel in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungspositionen ist das Beharrungsvermögen zahlreicher Institutionen und Werteorientierungen eines der wesentlichen Merkmale Japans. Die Starre des politischen Systems scheint die letzte und wohl widerstandsfähigste Bastion zu sein, gegen die in- und ausländische Kritiker vergebens anrennen. Ungeachtet dieser Starre entsprechen die einstigen Grundprinzipien japanischen Gesellschafts- und Politikverständnisses wie Gruppenloyalität, Meritokratie und Chancengleichheit immer weniger der japanischen Realität.

Die Studie geht den Veränderungen nach, die diesem anhaltenden Trend zugrunde liegen, und belegt sie mit statistischen Daten über das veränderte Verhalten insbesondere der japanischen Jugend, das sich vor allem in der Zunahme krimineller Delikte niederschlägt. Gerade anhand der Kriminalstatistik sind neue Trends im Selbstverständnis der zukünftigen Generation und ihre kritische Haltung gegenüber dem tradierten Wertekanon leicht aufzuzeigen. In der Zusammenschau der Indizien entsteht der Eindruck einer wachsenden Spannung zwischen neuen und in gewisser Weise »unjapanischen« Gesellschaftsmustern und einer in alten Strukturen gefangenen Politik. Aber auch die Politiker der nächsten Generation sehen einer Zunahme politischer Kontroversen entgegen. Ein Wandel wird zwar immer wahrscheinlicher; ein Datum anzugeben, wann er sich manifestieren wird, ist aber nach wie vor schwer. Die japanische Geschichte lehrt, daß Veränderungen eher später eintreten als erwartet.

Voreilig wären demnach auch Vermutungen darüber, wie sich Japan infolge dieses Wandels international verhalten wird. Wegen des japantypischen Pazifismus ist eine wachsende Distanz zu den USA fast



genauso wahrscheinlich wie das Gegenteil: ein noch engerer und vor allem militärischer Schulterschuß mit dem einzigen Verbündeten angesichts eines immer mächtiger werdenden Chinas und eines unvermindert bedrohlichen Nordkoreas. Vor dem Hintergrund der strategischen Unsicherheiten in der Region wird aber in jedem Fall damit gerechnet werden können, daß Japan zukünftig eher eine stärker auf die selbständige Durchsetzung nationaler Sicherheitsinteressen gerichtete Außenpolitik praktizieren wird, als das in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war.

Das politische System seit 1955

Das politische System in Japan wurde zumindest bis 1993, als die LDP erstmals seit dem Kriege ihre Regierungsmehrheit verlor, häufig als »55er System« beschrieben – in Anspielung auf das Jahr 1955, in dem aus dem Zusammenschluß der »Demokratischen Partei« und der »Liberalen Partei« die heute wieder regierende »Liberaldemokratische Partei« (LDP) Japans hervorging. Faktionismus und Klientelismus sind seit jeher prägende Elemente des politischen Systems. In diesem System geht es für den Politiker – nicht nur bei Wahlen, sondern auch im politischen Alltag – weniger um ideologische Auseinandersetzungen und politische Richtungsstreitigkeiten mit seinem »politischen Gegner«, der zudem oft derselben Partei angehört, als vielmehr um die Frage, welche Ressourcen eingesetzt werden können, um Parlamentssitz und parlamentarische Mehrheit bzw. die eigene Wiederwahl zu sichern.

Wichtigster Bezugspunkt und das politische Leben des Parlamentarier existentiell bestimmender Rahmen ist eine der zuletzt fünf Untergruppen in der LDP, *Habatsu*¹ genannt. Jeder LDP-Abgeordnete ist Mitglied einer *Habatsu*, die sich um alles kümmert, einschließlich der Finanzierung seines Wahlkampfes. Diese parteiinterne Gruppierung wird von einem in der Regel älteren und erfahrenen Parlamentarier angeführt, der das Amt des Parteivorsitzenden (was bei der LDP, solange sie regiert, auch das Amt des Ministerpräsidenten bedeutet) oder zumindest ein Ministeramt anstrebt. Nach dem Zusammenschluß der beiden Vorläuferparteien der LDP war es für die Anwärter auf einflußreiche Positionen im Parteiapparat wie auch in Regierung und Verwaltung wichtig, ausreichende Unterstützung zu mobilisieren. Um die unter Mühen zustande gebrachte politische Einheit der neuen Partei nicht wieder zu gefährden, verbot sich von Anfang an eine Loyalität vornehmlich

entlang der politischen Vorstellungen der ehemaligen Teilparteien.

Da die Wahlen zum Vorsitzenden (innerhalb der LDP) öffentlich sind, benötigt ein Kandidat loyale Gefolgsleute, die sich im entscheidenden Moment für ihren Faktionsführer einsetzen.² Als Gegenleistung sichert der Faktionsführer seinen Gefolgsleuten durch seine Beziehungen ein gewisses Quantum an Geldmitteln bzw. die Versorgung mit entsprechenden Ämtern in Bürokratie (Ministerposten) und Partei (führende Funktionärsposten). Die solcherart Begünstigten wiederum bemühen sich um eine hinreichende Anzahl von Wiederwahlen und praktizieren Loyalität gegenüber ihrem Faktionsführer und seinen Interessen.

Dieses System kann nur funktionieren, solange die LDP Regierungspartei ist und als solche über einen entsprechend großen Fundus an verteilbaren Posten verfügt. Da die anderen Parteien seit längerer Zeit nicht mehr an der Regierung waren, konnte sich das Faktionssystem bei ihnen auch lange nicht so weit und nicht in dieser politikfreien Weise entwickeln.³ Die Größe einer LDP-Fraktion steht in direktem Zusammenhang zu ihrer Funktion bei der Wahl des Parteivorsitzenden. Konstituierend für die klientelistisch organisierte Fraktion im klassischen Sinne ist nicht eine politische Idee oder Richtung. Da mindestens 30 Stimmen erforderlich sind, um einen Kandidaten für den Parteivorsitz vorzuschlagen, besteht eine Fraktion aus mindestens 30 Mitgliedern. Im Durchschnitt sind es meist ca. 40 Abgeordnete, die eine Fraktion bilden.⁴

² Erst bei der Wahl des jetzigen Vorsitzenden, Ministerpräsident Junichiro Koizumi, wurde ein in der Geschichte der LDP völlig atypisches Wahlverfahren ohne Faktionszwang angewandt.

³ So lassen sich beispielsweise die Fraktionen der Sozialistischen Partei (JSP), die lange Zeit größte und praktisch einzige Oppositionspartei gewesen ist, sehr viel mehr politisch-ideologisch differenzieren. Aber auch ihre Zahl ist nicht konstant. Meist fanden sich trotz der geringen Größe der Partei sehr viel mehr Fraktionen als in der LDP. Vgl. Patrick Köllner, Informelle Elemente in der japanischen Politik – Teil 1: Fraktionen, in: Japan aktuell. Wirtschaft, Politik, Gesellschaft (Hamburg, Institut für Asienkunde), 7 (Februar 1999) 1, S. 65–74 (69).

⁴ Vgl. Gerald Curtis, Nihongata Seiji no Honshitsu Jimintoshihai no Minshushugi [Der wahre Charakter der japanischen Politik – Demokratie unter LDP-Herrschaft; japanische

¹ Der Begriff *Habatsu* wird im Deutschen meist mit »Fraktion« wiedergegeben, um ihn von der Parlaments»fraktion« abzuheben. Eine praktische Kurzdefinition findet sich in: Asahi Shinbun, 12.12.1998, Morgenausgabe, S. 6. Die Entstehung des Faktionswesens in der LDP beschreibt ausführlich: Axel Klein, Das Wahlsystem als Reformobjekt, Bonn: Bier'sche Verlagsanstalt, 1998 (Bonner Japanforschungen, Bd. 18, herausgegeben von Josef Kreiner und Peter Pantzer), S. 72ff.

Da Faktionen aufgrund ihrer Entstehung und Funktion in der Regel weder aus einem politischen Meinungsbildungsprozeß hervorgegangen sind noch einen solchen Prozeß kanalisieren,⁵ müssen sie sehr viel mehr als soziale denn als politische Gruppierungen gesehen werden. Erst die Summe der – früher meist nach ihren Führern benannten – Faktionen macht die Gesamtpartei aus. Nicht selten wird die LDP-Einparteien-Regierung denn auch als Koalition aus ihren Faktionen betrachtet. Das erklärt zum Teil ihren oft apolitisch (im Sinne von ideologiefrei bzw. visionslos) anmutenden Charakter. Der Führer jener Faktion, die den Regierungschef stellt,⁶ muß in der Regel nicht unterschiedliche politische Flügel zusammenhalten. Seine Integrationsanstrengung richtet sich auf eine ausbalancierte Personalpolitik, mit der er zu beweisen hat, daß er die Verpflichtungen zur Versorgung seiner Minister, die als »Patrone« wiederum ihrer Klientel verpflichtet sind, erfüllen kann bzw. erfüllt hat. Je besser ihm das gelingt, um so sicherer ist seine Stellung als *Primus inter pares*.

Auch der häufige Wechsel in den politischen Ämtern hat hier einen seiner wichtigsten Gründe. Nicht politische Instabilität (wie vielleicht in Italien) ist Ursache der kurzlebigen Kabinette und häufigen Personalrotationen in Bürokratie und Verwaltung. Im Gegenteil, es ist paradoxerweise geradezu eine Art »politischer« Stabilität, die darin zum Ausdruck kommt. Da alle LDP-Mitglieder einem nicht weiter hinterfragten allgemeinen politischen Konservatismus verpflichtet sind, spielen politische Flügelkämpfe innerhalb der Partei keine Rolle. So ist zu erwarten, daß der Nachfolger in einem politischen Amt das fortsetzt, was sein Vorgänger begonnen und getan hat. Er wird in der Regel nicht mehr tun, als die langfristigen Politikvorgaben der Experten in Bürokratie und Verwaltung zu unterschreiben. Ausländische Journalisten sind bei den Antrittspressekonferenzen neuer Amtsträger immer wieder verblüfft, wenn die neuen Minister sich nicht etwa mit großen politischen Pro-

grammen zu präsentieren suchen, sondern lediglich versprechen, daß sie sich jetzt »intensiv mit der Materie beschäftigen werden«. Viel mehr wird in Japan nicht erwartet, viel mehr ist auch nicht möglich, denn die nächsten Kandidaten für das Amt stehen praktisch schon fest.

Im Laufe der Jahre hat sich ein festes Karriereschema für die Abgeordneten herausgebildet, das ihnen – als ungeschriebenes Gesetz – bereits zu Beginn ihrer Laufbahn vor Augen führt, wann sie mit welchen Positionen rechnen können. Wer mindestens sechsmal ins Parlament gewählt wurde, hat sich theoretisch eine Art Anrecht auf einen Ministerposten »erarbeitet«. ⁷ Und das, wohlgedenkt, nicht etwa durch Entwickeln politischer Visionen, die durch Überzeugungsarbeit mehrheitsfähig geworden sind. Die Durchsetzung dieser Anwartschaft obliegt dem Faktionsführer, dem der Abgeordnete ja während der vergangenen Jahre die Treue gehalten und für dessen Wahl zum Parteivorsitzenden er sich unter Umständen eingesetzt hat.

Übersetzung des englischen Originaltitels: *The Japanese Way of Politics*, Tokyo: TBS Britannica, 1987, S. 96.

⁵ Vgl. *Köllner*, Informelle Elemente in der japanischen Politik – Teil 1: Faktionen [wie Fn. 3], S. 66.

⁶ Das muß nicht immer die stärkste Faktion sein. So war Yasuhiro Nakasone, Regierungschef von November 1982 bis November 1987, Führer einer der zahlenmäßig kleinsten Faktionen. Der amtierende Ministerpräsident Junichiro Koizumi war ebenfalls bis unmittelbar vor Amtsantritt (er schaffte anschließend, zumindest theoretisch, die Faktionen ab) Führer einer der kleineren Faktionen.

⁷ Vgl. Masaru Kohno, *Japan's Postwar Party Politics*, Princeton: Princeton University Press, 1997, S. 95.

Anzeichen gesellschaftlicher Veränderungen

Wesentliche Strukturmerkmale des politischen Systems finden sich in dem System der Gesellschaft wieder. Auch in der Gesellschaft ist bislang Planbarkeit aufgrund eines festen gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklungsmusters Wesensmerkmal der Sozialstrukturen Japans gewesen. Dieses Muster gilt allerdings heute nicht mehr. War es früher noch möglich, allein durch Kenntnis des Jahrgangs und der besuchten Schulen Rückschlüsse auf die gegenwärtige berufliche Position und das Einkommen zu ziehen, erschwert heute eine sich immer weiter verbreitende individuelle Lebensgestaltung derlei Einschätzungen. Mit zunehmendem Individualismus schwächen sich Gruppenorientierung und -unterordnung ab. Der Trend zu mehr Individualismus ist nur zu einem Teil Ergebnis vermehrter Öffnung zum Westen (trotz allem sind Japaner in der Mehrheit immer noch von der Einzigartigkeit ihrer Kultur überzeugt), er ist auch eine Konsequenz der Einsicht, daß bisherige Karriereschemata nicht mehr funktionieren. Diese Schemata haben die ökonomischen Krisen als überlebte Fiktion entlarvt. Die Mitglieder der Gesellschaft finden nicht mehr den Halt, den ihnen das traditionelle Modell zu bieten vorgibt. Nicht zuletzt wird das Risiko beruflichen und privaten Scheiterns größer, wie auch die steigenden Arbeitslosenzahlen signalisieren.

Schaubild 1
Arbeitslosigkeit in Japan, 1998–2002

	1998	1999	2000	2001	2002
Arbeitslose (in Tsd.)	2790	3170	3200	3400	3590
Arbeitslosen- quote (in %)	4,1	4,7	4,7	5,0	5,4

Quelle: Japan aktuell. Wirtschaft, Politik, Gesellschaft (Institut für Asienkunde Hamburg). 11 (April 2003) 2, S. 172, Tab. 1.2.

Vor allem die japanische Jugend, vormals wegen der einheitlichen, auch außerhalb der Schulen getragenen Schuluniformen leicht zu taxieren (die Uniformen der Eliteschulen sind allgemein bekannt), hat den Protest entdeckt. Das heutige Bild von Japans Jugend ist zwar aus amerikanischer oder europäischer Sicht nicht besonders auffällig, sehr wohl aber aus

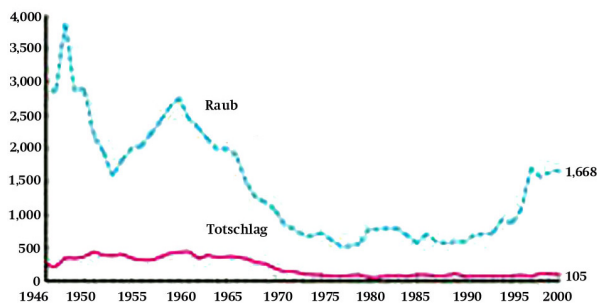
Sicht der traditionellen Gesellschaft Japans. Je krasser und ausgefallener das Erscheinungsbild (außerhalb der Schulen, etwa in dem bekannt-berüchtigten Shinjuku-Bahnhofsvierteln), um so mehr sieht sich der einzelne selbst verwirklicht. Die Zahl der Schulverweigerer⁸ steigt ebenso wie die der Beschaffungsdelikte Jugendlicher (wegen der teuren Designerkleidung).⁹ Die statistischen Daten des Justizministeriums und der Polizeibehörden dokumentieren drastische Veränderungen bei der Jugendkriminalität. Insbesondere seit Mitte der neunziger Jahre wird ein sprunghafter Anstieg der Gewaltkriminalität (insbesondere schwerer Raub) bei Jugendlichen verzeichnet.¹⁰

8 Wie dramatisch mittlerweile das Problem der Schulverweigerung ist, zeigt die Tatsache, daß es für diese »Problemgruppe« eine eigene Website und eine vom Kultusministerium publizierte Internetzeitung gibt (vgl. <http://www.futoko.org>). Nach Daten des Kultusministeriums belief sich 2001 die Zahl der Schulverweigerer in der Elementary- und Junior High School auf 139 000: Das sind 1,2% der Gesamtschülerzahl dieser Altersklassen und stellt einen bisherigen Höchstwert dar (vgl. http://www.futoko-net.org/seisaku/contents/9kai_s/siryoy2.htm).

9 Der Wunsch, sich mit besonders teuren Designerkleidern und entsprechenden Accessoires auszustatten, läßt immer mehr Schülerinnen im Alter zwischen 16 und 18 Jahren sogenannte *Enko* eingehen. *Enko* ist eine Abkürzung von *Enjokosai*, ein für das Japanische typischer Euphemismus. Die wörtliche Bedeutung ist »kompensatorische Verabredung«, gemeint sind aber sogenannte *dates*, die materiell vergütet werden. Letztendlich handelt es sich um Prostitution, die übrigens in Japan grundsätzlich verboten ist, bei Minderjährigen allemal. Nach Untersuchungen einer Lehrerinitiative hatten 1999 im Raum Tokyo mindestens 5% der Schülerinnen aus dem zweiten und dritten High-Schooljahr *Enko*; Untersuchungen des Polizeipräsidiums Tokyo kommen auf einen Anteil von 4% aller Schülerinnen aus High- und Junior High Schools, die in *Enko*-Aktivitäten verwickelt sind (vgl. The Japan Times, 19.6.2002 [Internetausgabe], <http://www.japantimes.co.jp/cgi-bin/getarticle.pl5?nn20020619b5.htm>). Begünstigt wird dieses Phänomen durch den enormen Boom auf dem japanischen Markt für Mobiltelefone. Praktisch jeder Jugendliche in Japan verfügt heute über ein Mobiltelefon, über die Schülerinnen ihre *Enko*-Aktivitäten organisieren.

10 Zwar ist der einstige Höhepunkt in den sechziger Jahren noch nicht wieder erreicht (die statistischen Daten geben lediglich die Zahl der Verhaftungen an; Gründe, die eine geringere Zahl von Verhaftungen im Zeitraum 1965 bis 1995

Schaubild 2
Gewaltkriminalität (Zahl der Verhaftungen)
Jugendlicher (14- bis 20jährige), 1946–2000



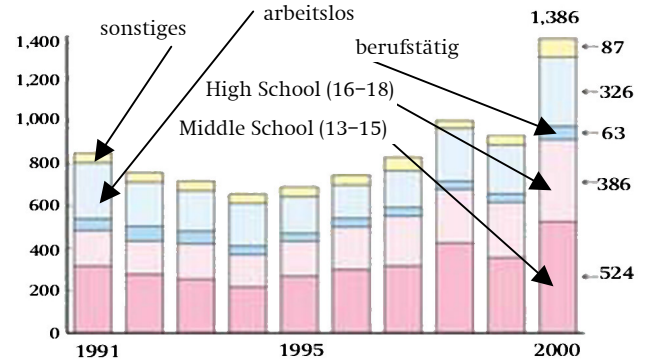
Quelle: Statistik der Obersten Polizeibehörde.

Ein weiteres Gewaltphänomen ist die – in Japan unter diesem Begriff bekannt gewordene – »innerfamiliäre Gewalt«. Ihr liegt eine allgemeine Unzufriedenheit mit den tradierten Familienstrukturen zugrunde, die sich oft in gewaltsamen Versuchen artikuliert, diese Strukturen zu beschädigen oder aus ihnen auszubrechen. Bei den Handgreiflichkeiten Jugendlicher in der Regel gegenüber Mutter und Geschwistern geht es meist um finanzielle Forderungen, denen die Eltern nicht nachkommen können oder wollen. In Japans »Kultur der Scheu« dauerte es relativ lange, bis dieses Phänomen enttabuisiert und offen angesprochen wurde. Die Anfänge dieses Gewalttrends dürften daher weiter zurückreichen als in das Jahr 1995, das in Schaubild 3 als Ausgangspunkt der jüngeren Zunahme »innerfamiliärer Gewalt« erscheint.

Der Zerfall traditioneller Gruppenstrukturen läßt sich auch an Verhalten und Selbstorganisation einer bestimmten Art von Jugendgruppe aufzeigen. Sehr bald nach Beginn des Motorradbooms in Japan (besonders auffällig etwa seit den siebziger Jahren) bildeten sich die sogenannten *Bosozoku* heraus. Das sind Gruppen, deren Mitglieder gemeinsame abendliche Motorradtouren unternehmen und dabei hohe Geschwindigkeiten fahren. Sie sind insofern kaum etwa mit den »Hells Angels« und anderen Gruppen in den USA und Europa zu vergleichen, als sich ihre »Straftaten« in der Regel auf Geschwindigkeitsübertretun-

ergaben, werden hier nicht untersucht), signifikant bleibt aber in jedem Fall der Anstieg seit 1995. Die folgenden Schaubilder wurden entnommen aus: <http://hakusy01.moj.go.jp> und vom Autor mit deutschen Texten und westlichen Jahreszahlen versehen.

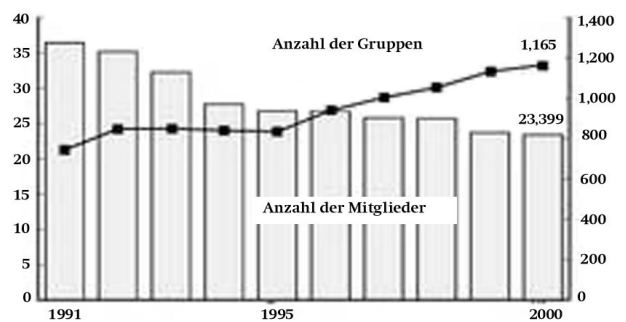
Schaubild 3
Fälle »innerfamiliärer Gewalt« durch Jugendliche
(nach Schul-/Altersklasse), 1991–2000



Quelle: Dokumentation der Sozialabteilung der Obersten Polizeibehörde.

gen und nächtliche Ruhestörungen beschränken. Gab es früher weniger und mitgliederstarke Gruppen dieser Art, ist heute zwar die Gesamtzahl der Mitglieder rückläufig, die Zahl der Gruppen aber steigt seit Mitte der neunziger Jahre stetig an. Das kann als erstes Anzeichen einer zunehmenden Individualisierung gedeutet werden, muß es aber nicht zwingend. Denn ohne zumindest eine Minimaleinbindung in eine Gruppe kommt man in Japan (noch) nicht aus.

Schaubild 4
Veränderungen der Gruppen- und Mitgliederzahlen
sogenannter Bosozoku, 1991–2000



Quelle: Dokumentation der Verkehrsdelikteabteilung der Obersten Polizeibehörde.

Klientelismus und Gruppenloyalität geraten ins Visier der Kritik

In vielerlei Hinsicht war das politische Japan lange Zeit ein Spiegelbild der japanischen Gesellschaft. Loyalität als entscheidende Handlungsmaxime und Gruppenzugehörigkeit wurden nicht hinterfragt und waren Garant für gesicherte Zukunftsplanung und materielles Auskommen. Japan galt zudem als Modell einer erfolgreichen Entwicklung eines breiten Mittelstandes, der als unabdingbare Basis für die Stabilität des polit-ökonomischen Systems fungierte. Noch vor knapp einem Jahrzehnt wurde dem japanischen Modell in zahlreichen Prognosen ein ungebremster Erfolg vorausgesagt. Zuweilen wurde sogar von einer »Pax Nipponica« gesprochen, die eine »Pax Americana« abgelösen sich anschickte.¹¹ Amerikanische Japanexperten forderten die Eliten des eigenen Landes dazu auf, von diesem so erfolgreichen japanischen Modell zu lernen, wobei sie insbesondere die vermeintlich egalitäre Einkommensverteilung und die unterstellte Fairneß im sozial offenen Bildungssystem hervorhoben.¹² Für dieses ehemals als erfolgreich propagierte japanische Modell war Konsensorientierung ein Kernelement, manchmal selbst gewollt, meist aber von oben (Schulen, Betrieb) verordnet.

Sehr oft werden in diesem Zusammenhang Umfrageergebnisse des Ministerpräsidentenamtes (*Sorifu*, Prime Minister's Office) zitiert, nach denen sich seit den sechziger Jahren durchgehend ca. 90% der Japaner als zur Mittelschicht gehörig betrachten.¹³ Unter Berufung auf diese Zahlen verweist man in Japan gerne auf

den »erfolgreichen Egalitarismus«, der das Land zum Vorbild für andere Industrienationen mache. Nicht nur das Bewußtsein seiner Bürger, zur Mehrheit der Mittelschicht zu gehören, auch die tatsächliche Verteilung von Einkommen und Bildungschancen schienen lange Zeit das stereotype Image einer homogenen Gesellschaft zu stützen. Nach diesem Stereotyp ist die japanische Gesellschaft monoethnisch, monolingual und zeichnet sich zudem durch ein meritokratisches Bildungssystem aus, in dem jeder, unabhängig von sozialer Herkunft, die gleichen Chancen zum Aufstieg in hohe soziale Positionen hat.

Die Entstehung dieses auch von der Politik geförderten Selbstverständnisses von Japan als einem Land des Mittelstandes, das von einer homogenen Gesellschaft getragen wird und erfolgreicher ist als alle anderen Industrieländer, konnte mit statistischen Erhebungen dokumentiert werden. Daß sich die Ergebnisse der Erhebungen unterschiedlich deuten lassen, hat erst in jüngster Zeit für einigen Aufruhr gesorgt. Die historischen Daten für den Bildungssektor zeigen zunächst durchaus eine Entwicklung, die als Beleg für einen konsequenten Egalitarismus gesehen werden kann. So konnten zu Beginn des 20. Jahrhunderts nur 4% aller männlichen Schulabgänger eine sogenannte »salariman«-Stelle (aus *salary man* [der Angestellte] bzw. *white collar*-Angestellter) antreten. In den achtziger Jahren waren es bereits mehr als 30% und in den neunziger Jahren sogar über 40% aller Schulabgänger, die bei größeren Unternehmen oder in der öffentlichen Verwaltung eine »Mittelschicht«-Stelle bekommen konnten.¹⁴ In der allgemeinen Wahrnehmung der Japaner ist das Schulsystem konsequent meritokratisch aufgebaut. Alle weiterführenden Schulen verlangen Eintrittsexamen. Es gibt keine Möglichkeit, durch besondere Beziehungen oder gar finanzielle Leistungen der Eltern das Ergebnis solcher Eintrittsexamina zu beeinflussen oder die Examina gänzlich zu umgehen. Theoretisch hängt also eine gute Schul- und Hochschulbildung – je renommierter die Bildungsanstalt, desto schwieriger das Eintrittsexamen, desto besser aber auch die beruflichen Aussichten – nicht vom elterlichen Einkommen

¹⁴ Ebd., S. 238.

¹¹ Vgl. David *Chiavacci*, Die japanische Mittelschicht vor dem Kollaps – Die Kontroverse zur sozialen Schichtung und Mobilität im gegenwärtigen Japan, in: Japan aktuell. Wirtschaft, Politik, Gesellschaft (Hamburg, Institut für Asienkunde), (Juni 2002) 3, S. 236.

¹² Vgl. Ezra F. *Vogel*, Japan As Number One – Lessons for America, Cambridge, MA: Harvard University Press, April 1979, S. 120ff.

¹³ Chiavacci weist allerdings darauf hin, daß japanische Soziologen wie beispielsweise Masao *Watanabe* und Kenji *Hashimoto* die geringe Aussagekraft dieser Untersuchungen kritisieren. Umfragen in anderen Industrienationen mit den gleichen Schichtbezeichnungen (Oberschicht, obere Mittelschicht, mittlere Mittelschicht, untere Mittelschicht und Unterschicht) ergaben nämlich ebenfalls einen Anteil von ca. 90% der Befragten, die sich zur Mittelschicht zählen (ebd., S. 246).

und der sozialen Herkunft ab, sondern lediglich vom Leistungswillen und der intellektuellen Befähigung.

Dieses Selbstbildnis Japans zeigt mit Fortdauer der vielfältigen ökonomischen, politischen und sozialen Krisen bedenkliche Risse. Während sich die Japan-Analysen ausländischer Beobachter im wesentlichen auf die ökonomischen Krisenfaktoren konzentrieren (abgesehen von der eher emotional vorgebrachten und auf Japans spezielle historische Vergangenheit abzielenden Kritik aus dem benachbarten asiatischen Ausland), ist die Kritik japanischer Ökonomen und Soziologen sehr viel differenzierter und harscher. Ein genauerer Vergleich von Datensätzen aus verschiedenen Ministerien mit Daten anderer Länder, die mit annähernd gleichen Verfahren erhoben wurden, führt zu dem Ergebnis, daß Japan in bezug auf seine Einkommensverteilung nicht etwa herausragend egalitär ist, sondern sich ganz im Gegenteil in den letzten Jahren geradezu extrem inegalitär entwickelt hat.¹⁵ Der von Japanern gerne bemühte Hinweis, daß die Gehälter japanischer Topmanager nur unwesentlich höher seien als die ihrer Angestellten, läßt sich bei Einbeziehung der zahlreichen sogenannten »fringe benefits« ohnehin leicht zurechtrücken.¹⁶

Entscheidend für die Beurteilung sozialer Mobilität ist die Frage, welche Chancen Mitglieder unterer sozialer Schichten haben, in attraktive berufliche Positionen aufzusteigen. Wie bereits erwähnt, zeigen Untersuchungen, daß die offizielle Darstellung, wonach sich über 90% der Japaner als Angehörige der Mittelschicht betrachten, der Realität nicht entspricht. Auch der Zugang zu begehrten beruflichen Positionen ist vermehrt an diskriminierende Kriterien gebunden.

15 Chiavacci verweist in seinem Beitrag auf die Untersuchungen von Toshiki Tachibanaki, der bei einem internationalen Vergleich der Einkommensverteilung eine beachtliche Zunahme der Inegalität in Japan festgestellt hat. So stieg der Gini-Koeffizient von 0,314 (1980) auf 0,365 im Jahre 1992 (nach Steuern und Sozialabgaben) bzw. von 0,349 auf 0,439 (vor Steuern und Sozialabgaben). Diese Ungleichheit ist sogar noch ausgeprägter als in den USA (Gini-Koeffizient 1989 vor Steuern 0,40, Japan 0,433), das gemeinhin als Land mit der größten Differenz zwischen Arm und Reich gilt. Vgl. *Chiavacci*, Die japanische Mittelschicht vor dem Kollaps [wie Fn. 11], S. 237.

16 Zu diesen bargeldlosen Leistungen zählt eine ganze Palette exklusiver Privilegien, wie eine 24stündige tägliche Verfügbarkeit von Dienstwagen und Chauffeur (die Unterscheidung zwischen Dienst- und Privatanlässen ist unüblich), mit Firmen- bzw. Arbeitgebergeldern finanzierte Golfclubmitgliedschaften, Begleichung aller Telephonkosten (auch der von privaten Hausanschlüssen), Verfügung über Büro und Sekretärin oft auch nach Aufgabe der Position etc.

So läßt sich anhand der von Sozialwissenschaftlern erhobenen repräsentativen Daten – Umfragen zu »Social Stratification and Social Mobility« (SSM)¹⁷ – feststellen, daß die Söhne¹⁸ von Vätern in höheren beruflichen Positionen mit ungleich höherer Wahrscheinlichkeit selbst wieder in begehrte Positionen gelangen als Söhne von Vätern in vergleichsweise niedrigen beruflichen Positionen. Die sozial höhere Position der Väter bedeutet nicht nur mehr finanzielle Mittel, die letztlich der Ausbildung der Söhne zugute kommen, sie eröffnet den Söhnen neben besseren Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten auch insofern bessere berufliche Einstiegschancen, als die Väter in ihren »Gruppen« entsprechend nützliche Beziehungen pflegen. Dieser Mechanismus aber führt zu sinkender Wettbewerbsmotivation, denn »was einige als ihr verdientes Gut betrachten, sehen andere als un gerechtfertigte Aneignung von Privilegien; letztere verläßt schließlich der Mut zum Wettstreit«.¹⁹

In anderen Industrienationen ist es zwar selbstverständlich, daß Kinder reicher Eltern eher Aussicht auf attraktive berufliche Positionen haben, in Japan aber ist dieser Befund deshalb alarmierend, weil das offiziell gepflegte Image einer egalitären und meritokratischen Prinzipien verpflichteten Gesellschaft nicht mehr der Realität entspricht. Dieser Widerspruch zwischen Image und Realität ist eine Quelle von Enttäuschungen, die in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu spüren sind. Galt das Beamten-tum lange als Elite der Nation, haben die Enthüllungen der letzten Jahre – aufgedeckt wurden beispielsweise fingierte Dienstreiseabrechnungen hoher Beamter und Vorteilsnahme in großem Stil – ein anderes

17 Seit 1955 werden von führenden Sozialwissenschaftlern alle zehn Jahre entsprechende Umfragen durchgeführt, um Daten über soziale Mobilität und das Gefühl der Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Schichten und Berufsgruppen zu erheben. Vgl. Toshiki *Sato*, Twenty Years after the Birth of the »New Middle Class«, in: *Japan Echo*, 27 (August 2002) 4, S. 40.

18 Auch die neueren Untersuchungen beziehen sich vor allem auf die männlichen Mitglieder der Gesellschaft (Väter und Söhne). Berufstätige Frauen in höheren Positionen sind immer noch eine Minderheit und insofern eine statistisch nicht erhebliche Größe. Dabei gibt es auch in Japan sogenannte Gleichstellungsgesetze. Die im Vergleich mit andern Industrienationen immer noch männliche Dominierung der Berufswelt hat komplexe kulturelle Gründe, rechtfertigt aber nur sehr bedingt die Bezeichnung »patriarchalisch«.

19 »If what some people consider to be their deserved due is seen by other people as an unjustly vested right, the latter will lose the motivation to take part in the competition« (*Sato*, Twenty Years after the Birth of the »New Middle Class« [wie Fn. 17], S. 44).

Bild gezeigt. Galt bis vor kurzem das Prinzip lebenslanger Anstellung als Ersatz für ein noch junges Sozialversicherungswesen, desillusioniert der jüngste Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Der private Konsum stagniert seit Jahren, weil das Modell Japan den Menschen nicht mehr das Gefühl der Sicherheit gibt. Viele sparen, weil sie mit einer weiteren Verschlechterung ihrer persönlichen Verhältnisse rechnen.

Daß Japans Topmanager bedenkenlos von ihrem Recht auf Verfügung über Sonderfonds für Geschäftsessen und Geschäftsgespräche während Golfpartien in exorbitant teuren Clubs Gebrauch machen, gerät ebenso in die Kritik wie die praktisch unkontrollierten Ausgaben von Mitteln aus sogenannten Geheimfonds in Ministerien, insbesondere im Außenministerium, die Minister und Abteilungsleiter der Ministerialbürokratie zur Pflege des politischen Klimas tätigen.²⁰ Selbst die wegen ihrer rigorosen innerbehördlichen Aufklärung in der Bevölkerung so geschätzte und beliebte ehemalige Außenministerin Makiko Tanaka sah sich nach ihrer Entlassung scharfen Vorwürfen ausgesetzt. Ihr wurden Verfehlungen wie Mißbrauch offizieller Gelder zur Unterstützung des eigenen Wahlkampfes und von Wahlkampagnen vorgehalten.²¹

Die letztlich aus dem feudalen Japan der Tokugawa-Zeit²² stammenden Elemente dieser »Kultur des Gebens und Nehmens« entsprechen zwar den gängigen Mustern von Korruption und Bestechung, sind aber nach japanischem Verständnis plausibel und bis

zu einem gewissen Grade akzeptabel. Es geht dabei schließlich nicht um den eigenen, individuellen Vorteil, sondern um das Wohlergehen der Gruppe, der man angehört oder vorsteht. Nach traditionellem (gruppenzentriertem) Verständnis war daher Makiko Tanakas Vergehen weniger gravierend, als es in den staatsanwaltschaftlichen Äußerungen und den Pressemeldungen²³ klingt. Sie hat zwar öffentliche Mittel des Parlaments (also Steuergelder) zweckfremd verwendet, nämlich nicht für das Personal ihres Parlamentarierbüros, sondern für ihre politischen Unterstützungsgruppen, folgte damit aber dem traditionellen Prinzip der Patronage für ihre Anhänger. Solange traditionelle gruppenorientierte Loyalität eine hinreichende und akzeptierte Begründung für mangelnde Transparenz der Führungsstrukturen war, wurde dieses Prinzip des Mitteleinsatzes (unabhängig aus welcher Quelle diese Mittel letztlich stammten) zugunsten der eigenen Gruppe nicht weiter hinterfragt. In den letzten Jahren häuften sich allerdings die Verdachtsmomente, daß sich unter dem Deckmantel des vermeintlich selbstlosen Patronismus letztlich doch individuelles und rücksichtsloses Bereicherungsstreben verbirgt.²⁴

Die innerjapanische Kritik am Klientelismus zielt nicht nur auf die letztlich als Mythos entlarvte Egalität der Einkommensverhältnisse – in diesem Punkt nähert sich Japan offenbar anderen westlichen Industrienationen an, die mit um sich greifendem Egozentrismus aufgrund falsch verstandener Liberalität und Permissivität zu kämpfen haben. Ungleich größeren offiziellen Protest ziehen jene Kritiker auf sich, die der Wissenselite Japans Abgeschlossenheit attestieren und feststellen, daß der Zugang zu dieser Elite für Angehörige unterer sozialer Schichten zusehends eingeschränkt wird.²⁵ Die bisherige Theorie und Selbsterkenntnis des offiziellen Japans unterstellte noch,

²⁰ Am 29. Januar wurde Außenministerin Makiko Tanaka von Premierminister Koizumi aus dem Amt entfernt. Sie hatte sich durch ihre Bemühungen um Aufklärung dieser Verflechtung mit den Politikern die Feindschaft des gesamten bürokratischen Apparates zugezogen, für den eben diese Verflechtung überlebenswichtig war. Nicht zuletzt starker Druck aus diesen Kreisen auf den Ministerpräsidenten hat – neben Fragen des »diplomatischen Stils« gegenüber Vertretern befreundeter Regierungen – letztlich zur Entlassung der Ministerin geführt. Vgl. Tanaka Gaisho Koutetsu [Entlassung von Außenministerin Tanaka], in: Mainichi Shinbun, 30.1.2002 (Internetausgabe), <http://www.mainichi.co.jp/news/selection/archive/200201/30/20020130k0000m010162000c.html>.

²¹ Vgl. Prosecutors Get Fraud Complaint against Tanaka, in: Japan Times, 24.4.2002 (Internetausgabe), <http://www.japantimes.co.jp/cgi-bin/getarticle.pl5?nn20020424a4.htm>.

²² Die Tokugawa-Zeit (1603–1867), benannt nach der Shogunats-Dynastie der Tokugawa-Familie, gilt als Blütezeit des traditionellen Japan. In dieser Zeit wurde das Fundament der gruppenorientierten Sozialstrukturen gelegt. Die kleinste soziale und auch Verwaltungseinheit war die sogenannte Fünfer-Gruppe (*gonin gumi*), die es in Ansätzen zwar schon vorher gegeben hatte, die aber besonders unter der Herrschaft der Tokugawa zu einem ausgeklügelten gegenseitigen Hilfs- und Kontrollsystem perfektioniert wurde.

²³ Hervorzuheben sind vor allem die Wochenmagazine *Shukan Bunshun* und *Shukan Shincho*. Vgl. Prosecutors Get Fraud Complaint against Tanaka, in: Japan Times, 24.4.2002 (Internetausgabe), <http://www.japantimes.co.jp/cgi-bin/getarticle.pl5?nn20020424a4.htm>.

²⁴ So ergaben Untersuchungen zum Verbleib öffentlicher Gelder, die den Abgeordneten ursprünglich zur Bezahlung ihrer Sekretäre bewilligt wurden, daß diese Gelder oft zweckentfremdet werden. Zum Teil werden damit Verwandte finanziell unterstützt, indem sie nominell als Angestellte des Abgeordneten fungieren, zum Teil fließen diese Mittel auch einfach auf die Privatkonten der Abgeordneten. Vgl. Asahi Shinbun, 23.4.2002, S. 5.

²⁵ Vgl. *Chiavacci*, Die japanische Mittelschicht vor dem Kollaps [wie Fn. 11], S. 237.

daß jeder, unabhängig von sozialer Herkunft und Elterneinkommen, bei hinreichendem Leistungswillen und intellektuellen Fähigkeiten gleiche Chancen zum Aufstieg in hohe Berufspositionen hat. Tatsächlich entwickeln sich aber einkommensstarke und einflußreiche Zirkel zunehmend zu geschlossenen Gesellschaften. Der Zugang zu ihnen wird durch immer diskriminierendere (z.B. Universitätsclubmitgliedschaften aus der Studentenzeit oder Zugehörigkeit zu sogenannten »Old Boys«-Zirkeln) und immer weniger meritokratische Kriterien geregelt.

Gesellschaftliche Entwicklung und politischer Rahmen

Während diese Entwicklung in der Gesellschaft lange geflissentlich übersehen wurde, waren im politischen Japan vergleichbare Zirkel, genannt *Habatsu*, schon lange bekannt und selbstverständlicher Teil des politischen Alltags. Um Mitglied in einem *Habatsu* zu werden, spielt beispielsweise die Abgeordnetenkarriere des Vaters oder eines Verwandten eine entscheidende Rolle. Mitunter konnte auch der Dienstherr eines ehemaligen Abgeordnetensekretärs zu einer Art politischem Vater werden. Überhaupt keine Rolle spielten aber politische Vorstellungen, mit denen im Wahlkreis um Zustimmung (und Mandatsaufstellung) hätte geworben werden können. Wie diskriminierend die Kriterien für den Zugang zu den *Habatsu* eigentlich schon immer waren, hat erst das geschärfte Bewußtsein während der anhaltenden Krisen des letzten Jahrzehnts erkennen lassen.

Das sogenannte 55er System, das Japans parteipolitische Strukturen prägt, hat zwar eine politische Stabilität besonderer Art erzeugt. Diese Stabilität wurde aber mit dem hohen Preis der Politikferne erkaufte. Gruppenorientiert und egalitär verstanden, waren die *Habatsu* ebenso wie die lokalen Unterstützungsgruppen in den Wahlkreisen der einzelnen Parlamentarier, die sogenannten *Koenkai*, eine Fortführung sozialer Strukturen, die Japanern aus der feudalen Vergangenheit bekannt sind und insofern offensichtlich vertraut erschienen. Seit den siebziger Jahren – in dieser Zeit kam es zum ersten größeren Generationenwechsel unter Japans Parlamentariern²⁶ – macht sich eine Tendenz bemerkbar, deren Auswirkungen auf das Selbstbewußtsein Japans und die Motivation zur Bewältigung der verschiedenen Krisen vielen erst in jüngster Zeit bewußt wurden. Nicht nur in Wirtschaft, Bürokratie und Gesellschaft, auch in der Politik wird der diskriminierende Charakter der Kriterien für den Zugang zur Elite immer schonungsloser entlarvt.

Aufgrund ihrer Dominanz unter den politischen Parteien Japans sind die parteiinternen Strukturen der

²⁶ Vgl. Patrick Köllner, Informelle Elemente in der japanischen Politik – Teil 2: Persönliche Unterstützungsvereinigungen und Erbabgeordnete, in: Japan aktuell. Wirtschaft, Politik, Gesellschaft (Hamburg, Institut für Asienkunde), (April 1999) 2, S. 164–173 (170).

LDP typisch für das Erscheinungsbild und das Umfeld japanischer Parlamentarier. Ein großer Teil der Parlamentarier sind sogenannte »Erbabgeordnete« (*Shusei Giin*), also Abgeordnete, die ihr Mandat von ihrem Vater »geerbt« haben. Offenkundig ist das über lange Jahre aufgebaute (nicht selten ebenfalls ererbte) Geflecht von *Koenkai*- und *Habatsu*-Beziehungen die wichtigste Voraussetzung für eine Karriere als Parlamentarier bzw. Politiker. Untersuchungen ergaben, daß 109 (von 512) der 1976 ins Unterhaus gewählten Abgeordneten mit verstorbenen oder noch lebenden ehemaligen Mandatsträgern verwandt waren.²⁷ Noch ausgeprägter ist das Bild, wenn man nur die LDP-Abgeordneten betrachtet, von denen 1990 ca. 45% (121) aus Politikerfamilien stammten.

Ein besonders krasses Beispiel ist die Familie Hatoyama, die bereits in der vierten Generation Politiker stellt.²⁸ An der Karriere des früheren LDP-Generalsekretärs Yukio Hatoyama,²⁹ zuletzt Vorsitzender der Demokratischen Partei, läßt sich sowohl die Wichtigkeit von *Koenkai*-Gruppen für einen japanischen Politiker wie auch deren apolitische Charakter ablesen. Bevor Hatoyama erstmals 1986 in einem Wahlkreis im südlichen Hokkaido kandidierte, hatte seine einflußreiche Familie (die Mutter entstammt der Familie des großen japanischen Reifenproduzenten Ishibashi, im Ausland eher bekannt unter dem Namen Bridgestone) seine *Koenkai* bereits organisiert. Zu dem Namen Hatoyama als politisches Markenzeichen

²⁷ Damit hatte sich die Zahl der »Erbabgeordneten« gegenüber jener im vorangehenden Unterhaus verdoppelt (ebd., S. 171).

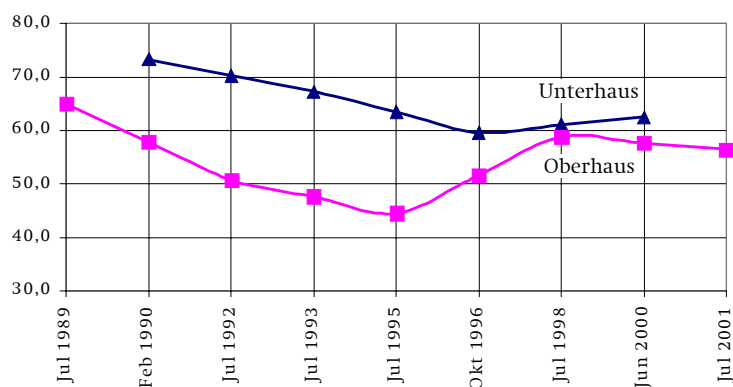
²⁸ Der Urgroßvater, Ichiro Hatoyama, war 1956, nach dem Zusammenschluß von Demokratischer und Liberaler Partei zur LDP, deren erster Vorsitzender. Vgl. Jiyuminshuto sousai-senkyou no ayumi [Geschichte der Vorsitzendenwahlen der LDP], Internethomepage der LDP: http://www.jimin.jp/jimin/jimin/t_ayumi2.html.

²⁹ Hatoyamas Unvermögen, eine effektive politische Opposition gegen die regierende LDP aufzubauen, riefen verstärkt Kritik innerhalb der von ihm angeführten Demokratischen Partei hervor. Er gab am 4. Dezember den Vorsitz auf. Um den Posten bewerben sich jetzt seine parteiinternen Konkurrenten Kan Naoto und Okada Katsuya. Vgl. Democratic Party of Japan to Elect New Leader 10 December, in: BBC Monitoring Global Newline – Asia-Pacific Political, 4.12.2002.

kamen finanzielle Mittel des Bridgestone-Konzerns hinzu, die dem jungen Hatoyama seine politische Karriere ebneten. In den Jahren der politischen Rebellen in der LDP, als ehemalige LDP-Partei-funktionäre nach dem Regierungsverlust der LDP ab 1993 eine Reihe neuer Parteien gründeten, wandte sich auch Yukio Hatoyama von der LDP ab. Zunächst schloß er sich mit Freunden der Splitterpartei Sakigake (nach einem Jahr bereits wieder aufgelöst) an und landete schließlich in der Demokratischen Partei Japans (die ihrerseits ein Zusammenschluß mehrerer Splitterparteien ist), deren Vorsitzender er 1999 wurde.³⁰ Über all die Jahre des politischen Auf und Ab und bei seinen Wechseln in verschiedene Parteien konnte Hatoyama sich immer auf seine *Koenkai* verlassen. Sie finanzierten seine Wahlkämpfe und sorgten somit für seinen Sitz im Parlament. Politische Überlegungen spielten bei den Kandidaturen und den Parteiwechseln offensichtlich keine Rolle. Es war letztlich das apolitische Gruppenprinzip, das dem Parlamentarier Hatoyama bisher das politische Überleben garantierte.

Die Aussichten für einen politisch interessierten Japaner ohne finanzielle oder Gruppenanbindung, nur aufgrund eines Beitritts zu einer Partei einen Sitz im Parlament zu gewinnen, sind äußerst gering. Diese Erkenntnis wirkt desillusionierend auf Japans Wähler. Traditionell niedrige und tendenziell weiter sinkende Wahlbeteiligungen unterstreichen das Bild des aktuell herrschenden Politikverdrosses in Japan.³¹

Schaubild 5
Beteiligung an den Wahlen zum Unter- und zum Oberhaus, Juli 1989–Juli 2001 (in %)



³⁰ Vgl. Homepage der Minshuto (DPJ): <http://www.dpj.or.jp/>.

³¹ Bei den letzten Oberhauswahlen im Juli 2001 betrug die Wahlbeteiligung 58,8%, bei den letzten Unterhauswahlen im Juni 2000 62%. Vgl. Nihon Toukeinenkan Heisei 14 nen [Japan Statistical Yearbook 2002], Kapitel 22-7 (Internetausgabe), <http://www.stat.go.jp/data/nenkan/zuhyou/y2207000.xls>.

Fazit und Ausblick

Die lang anhaltenden Krisen in Japan haben im In- und Ausland die Frage nach ihren tieferen Ursachen und ihren kurz- und mittelfristigen Auswirkungen aufgeworfen. Insbesondere das benachbarte Ausland erinnert Japan immer dann an seine angeblich unzureichende Vergangenheitsbewältigung, wenn Tokyo außenpolitisches Engagement zeigt, wie etwa bei der Entsendung von Marineeinheiten der Selbstverteidigungsstreitkräfte (Self Defense Forces, SDF) auch außerhalb japanischen Territoriums im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Abwehr des internationalen Terrorismus. Auf Kritik stößt auch, wenn Japans Politiker an die nationalistische Vergangenheit erinnernde Traditionen pflegen, um bestimmte Erwartungen ihrer Gruppen zu erfüllen. Das bekannteste Beispiel sind Besuche hochrangiger japanischer Politiker im Yasukuni-Schrein,³² der im Ausland oft als Symbol für japanischen Militarismus und Nationalismus gesehen wird. Dabei geht es den Politikern vor allem darum, dem Ansehen der Hinterbliebenen der gefallenen Soldaten als einer der wichtigsten *Koenkai*³³ Respekt zu zollen, als darum, vagen rechtsnationalen Vorstellungen Ausdruck zu verleihen.

³² Vgl. hierzu vor allem: Iris *Wieczorek*, Kontroversen um den Yasukuni-Schrein: Kriegsmahnmal oder Symbol eines japanischen Nationalismus?, in: Japan aktuell. Wirtschaft, Politik, Gesellschaft (Hamburg, Institut für Asienkunde), (August 2001) 4, S. 382–389. Leicht übersehen wird auch, daß die Besuche japanischer Ministerpräsidenten durchaus nicht so häufig und regelmäßig stattfinden, wie die Heftigkeit der ausländischen Kritik nahelegen scheint. So hat beispielsweise vor dem Yasukuni-Besuch Koizumis am 13. August 2001 fünf Jahre lang kein Regierungschef diesen Schrein besucht. In den 16 Jahren seit 1985 haben ihm von den 12 japanischen Ministerpräsidenten lediglich vier einen Besuch abgestattet (vor Koizumi: Nakasone 1985, Miyazawa 1992, Hashimoto 1996). Vgl. Masaru *Tamamoto*, A Land without Patriots. The Yasukuni Controversy and Japanese Nationalism, in: World Policy Journal, (Herbst 2001), S. 34.

³³ Die »Japanische Hinterbliebenen-Vereinigung« (*Nihon Izokukai*) ist eine der wichtigsten finanziellen Unterstützungsgruppen der LDP. Sie zählt mittlerweile ca. eine Million Familien zu ihren Mitgliedern, darunter 110 000 LDP-Parteimitglieder. Vgl. BBC Monitoring Global Newslines, Politics, 17.4.2001, und Takahara *Kanako*, LDP Race: Popular Appeal vs. Vote Machines, in: The Japan Times online (Internetausgabe), 19.4.2001.

Die innerjapanische Kritik dagegen ist sehr viel differenzierter. Sie zeigt auf, daß die ökonomischen, politischen oder sozialen Schwierigkeiten Japans nicht nur Anzeichen für einen Wandel im Selbstverständnis der Japaner sind, sondern auch Ausdruck eines gesellschaftlich-politischen Wandels. Dieser Wandel wird vom offiziellen Japan bewußt verdrängt. In Japan treten seit den siebziger Jahren Vertreter von Altersgruppen in Erscheinung, die völlig andere Biographien haben als die Generation ihrer Eltern. War bis dahin noch ein direkter oder zumindest aus der Kindheit noch erinnerbarer Bezug zur Kriegszeit und zur anschließenden Aufbauphase vorhanden, sind die heute um berufliche Positionen konkurrierenden Japaner in konsumptiver Selbstverständlichkeit aufgewachsen. Die lange tradierte Versorgungsmentalität, aufgrund der sich die Japaner auf die verschiedenen Gruppen beziehen und sich auf die Fürsorge zahlreicher Patrone (Eltern, Lehrer, berufliche Vorgesetzte, »Faktionsführer«) verlassen, hat notwendigerweise aus dem meritokratischen ein selektives Bildungs- und Berufssystem werden lassen. Ging es bei der Gruppenloyalität traditioneller Prägung vorrangig um das Wohl des Ganzen, zeigen sich heute vermehrt sozial-entropische Tendenzen. Der Individualismus – vormals fast ein Unwort im Japanischen – ist zum Modetrend geworden.

Nachdem die japanische Gesellschaft aus den Trümmern des Pazifischen Krieges eine führende Industrienation aufgebaut hat, schrumpfen heute, ein halbes Jahrhundert später, naturgemäß die Möglichkeiten, gesellschaftlich nach oben zu kommen. Bei der Masse der Arbeiter in den fünfziger Jahren und der gleichzeitig geringen Zahl der *white collar*-Beschäftigten war ein gesellschaftlicher Aufstieg rein rechnerisch einfacher. Soziale Mobilität war in Japan nur so lange möglich, solange ein ausreichendes soziales Gefälle bestand. Seit einigen Jahrzehnten steht Japans Gesellschaft faktisch am Endpunkt sozialer Mobilität. Was es noch an Bewegung in Politik und Gesellschaft gibt, beruht auf Selektion, und zwar nach diskriminierenden Kriterien, denn meritokratisch gesehen ist die Gesellschaft gesättigt. Was früher undenkbar war, ist immer häufiger der Fall: daß Söhne mit weniger auskommen müssen als ihre gut positionierten Väter.

Das politische und das soziale System scheinen sich zu verändern, in Teilen scheinen sie sogar zu erodieren. Die Veränderungen werden langfristig nicht ohne Einfluß auf die gesamte Politik des Landes bleiben. Über seine Resultate läßt sich nur spekulieren. In der Außenpolitik könnte Japan in Asien eine eigenständige Rolle beanspruchen, sofern der sich jetzt abzeichnende Trend zur Individualisierung von Politik Bestand hat und Japan auch die wirtschaftlichen Krisen überwindet. Dabei werden die USA weiterhin zwar der wichtigste, aber nicht der einzige Dialogpartner sein. Japan könnte als Verhandlungspartner für die USA und seine Nachbarn schwieriger, gleichzeitig aber auch verlässlicher werden.

Die Gesellschaft ist in gewisser Weise weiter als die Politik. War früher der Eintritt in eine Gruppe endgültig, der Verbleib in ihr dauerhaft, wenn auch gelegentlich mit persönlichen Opfern verbunden, wird heute immer selbstverständlicher die Gruppe gewechselt, sobald sich in einer anderen bessere Chancen bieten.³⁴ Bei Berufswahl und beruflichem Fortkommen geht es in erster Linie – deutlich mehr als früher – um persönliche Interessen. Dazu kann (heute eher muß) eine Gruppe instrumentalisiert werden. Die Welt der politischen Parteien scheint noch nicht soweit zu sein. Die Versuche des amtierenden Ministerpräsidenten Koizumi, das Faktionswesen abzuschaffen³⁵ (dessen diskriminierender und korrumpierender Charakter ist allseits bekannt), stoßen deshalb auf so große Widerstände in Politik und Verwaltung, weil einzelne Personen letztlich nur über das Vehikel der Faktionen Aufstiegschancen haben. Koizumi hatte insofern Erfolg, als die Faktionen offiziell aufgelöst sind. Faktisch aber sind diese partei-internen Interessengruppen, getarnt als »Studien-gruppen«, wieder aufgetaucht.³⁶

Die Bezeichnung »Liberaldemokratische Partei« steht für ihre Mitglieder nur in zweiter Linie für eine politische Richtung, der zu folgen sie sich entschlos-

sen haben (oder in die sie von ihrer Familie gedrängt wurden; siehe das Beispiel Yukio Hatoyama). In erster Linie ist die LDP eine Gruppe,³⁷ in der noch immer viele Mitglieder die bestmöglichen Aussichten sehen, ihre persönlichen Ziele (Abgeordneter, Staatssekretär, Minister, Premier) zu verwirklichen.

Das eigentliche innerparteiliche Reformvorhaben Koizumis könnte als Politisierung der LDP umschrieben werden. Seine Bemühungen um Abschaffung des Faktionalismus gestalten sich deshalb so schwierig, weil er damit den zweiten Schritt vor dem ersten tut. Erst wenn an die Stelle des apolitischen Faktionalismus eine solidaritätstiftende politische Richtungsbestimmung tritt, könnten Wettbewerb der Ideen und Suche nach Mehrheiten die Politik auch für den Wähler interessanter machen. Da dies im Extremfall einen völligen Zusammenbruch des bestehenden parteipolitischen Systems bedeuten kann, wehren sich die so vielschichtig ineinander verzahnten Gruppen und Untergruppen in Politik, Verwaltung und Bürokratie gegen das Vorhaben des Ministerpräsidenten. Es dürften daher wohl noch einige Politikergenerationen nötig sein, bis politische Inhalte Gegenstand von Auseinandersetzungen in Parlament und Wahlkampf werden.

Koizumi setzt ganz offensichtlich auf die jüngere Generation der Parteimitglieder, die aufgrund ihrer relativ niedrigen Stellung in diesem Patronage-Klientelismus-Netz noch nicht so viele Vorteile und Privilegien genießen, als daß sie viel verlieren könnten. Jüngere Abgeordnete tendieren in ihrem Abstimmungsverhalten im Zuge des sich verstärkenden Individualismus ohnehin immer weniger zu Faktionsloyalität. Die Wahl Koizumis zum LDP-Parteivorsitzenden wäre kaum möglich gewesen, wenn die Loyalitätsbindung der Faktionen funktioniert hätte. Gelingt es ihm als Ministerpräsidenten, mindestens so viel Popularität zu gewinnen, daß die Mächtigen innerhalb der LDP (die Faktionsführer) ohne seine Einbeziehung keine Aussicht auf eine LDP-Mehrheit im Parlament haben, kann er an der Macht bleiben. Die Chancen stehen nicht schlecht. Der erste Popularitätseinbruch, der mit der Entlassung der prominenten Außenministerin Makiko Tanaka einherging, scheint mittlerweile überwunden. Koizumis jüngster mutiger außenpolitischer Schritt – der Versuch einer Normalisierung der Beziehungen mit Nordkorea – trug ihm im eige-

³⁴ So ist das als typisch japanisch betrachtete Phänomen der lebenslangen Anstellung bei einem einzigen Arbeitgeber bei den jungen Berufstätigen schon seit längerem nicht mehr in der früheren Dimension zu beobachten. »Job hopping« ist der Trend, der sich immer deutlicher abzeichnet.

³⁵ Während im ersten Kabinett Koizumi nur bei den Besetzungen in der »zweiten Reihe«, also auf der Ebene der Staatssekretäre und Parteifunktionäre, der Faktionenproporz noch gewahrt wurde, ist im zweiten Kabinett Koizumi auch auf dieser Ebene kein deutlicher Faktionenproporz mehr erkennbar.

³⁶ Vgl. Köllner, Informelle Elemente in der japanischen Politik – Teil 1: Faktionen [wie Fn. 3], S. 72.

³⁷ Genau genommen ist der Beitritt zu einer »Faktion« bzw. zu einem *Koenkai* der erste und wichtigere Schritt für einen jungen Politiker.

nen Land das Image eines Mannes ein, dem es vorrangig um die Wahrung japanischer Interessen geht.³⁸ Nordkoreas jüngstes Eingeständnis, ein Atomwaffenprogramm zu unterhalten, hat den japanischen Ministerpräsidenten allerdings wieder in die japanisch-nordkoreanische Eiszeit zurückgeworfen.

Für Japans Nachbarn wie auch für den Westen insgesamt besteht, zumindest politisch gesehen (ökonomisch ist bei anhaltendem Konsumverzicht und Fortbestehen der Rezession ein Risiko für die Weltwirtschaft immer gegeben), kein wirklicher Anlaß zur Besorgnis. Im Gegenteil: Sollte Tokyo seine Verantwortung für Frieden und Wohlstand in der Region entdecken (ein Prozeß, der sehr langwierig sein wird), wird dies zur personellen und materiellen Entlastung der USA in ihren politischen Bemühungen um Frieden in der Region beitragen. Die immer wieder besonders von Peking artikulierte Warnung vor Japans Militär und die steigende Präsenz chinesischen Militärs auch außerhalb japanischen Hoheitsgebietes mutet eher wie ein traditionelles Ritual an. Eine wirkliche Bedrohung ist Japan für keinen seiner Nachbarn. Dafür bürgen sowohl die hohen parlamentarischen wie auch die gesellschaftlichen Hürden, die vor jedem militärischen Schritt überwunden werden müssen.

Sollten sich Japans Politiker langfristig tatsächlich verstärkt um Formulierung politischer Inhalte bemühen und um breite Zustimmung zu ihnen werben müssen, würde die nach wie vor pazifistische Grundeinstellung der Bevölkerung noch mehr in den Vordergrund rücken. Die eher rhetorischen Warnungen der asiatischen Nachbarn vor einem neuen japanischen Militarismus zielen auf Randgruppenmeinungen und Mißverständnisse wie jene ab, die Besuche des Yasukuni-Schreins hervorrufen. Sie beschwören eine Gefahr herauf, die jeder realen Grundlage entbehrt. Der innere Reifeprozess, den Japan als ehemals ehrgeiziger Streber der Nachkriegszeit zum heute satten Koloß durchlaufen hat, dessen demokratische Strukturen mittlerweile für extreme und radikale Veränderungen zu starr und träge geworden sind, scheint gerade erst begonnen zu haben. Wie die Geschichte dieses Landes schon oft gelehrt hat, verlaufen Entwicklungen in Japan sehr langsam, dafür aber auch sehr gründlich. Von einem grundsätzlichen Wandel der

innenpolitischen Strukturen Japans und seiner parteipolitischen Landschaft kann noch nicht gesprochen werden. Es sind lediglich erste Schritte erkennbar, die das bisherige System in Frage stellen. In einer Gesellschaft mit traditionell so starker Konsensorientierung brauchen Kritiker des bisherigen Systems viel Ausdauer, bis sie mit einer gewissen Breitenwirkung rechnen können. Das geballte Zusammentreffen von wirtschaftlicher Krise, allgemeiner Politikverdrossenheit und individuellen Zukunftsängsten begünstigt eine schonungslose Analyse der gegenwärtigen Lage. Ein Wandel in Richtung neuer Gesellschafts- und Politikstrukturen bleibt aber vorerst eine Aufgabe für die Zukunft.

Termini und Abkürzungen

<i>Bosozoku</i>	wörtlich etwa »Wildrasergruppe«, japanische Motorradgruppen
DPJ	Demokratische Partei Japans
<i>Habatsu</i>	Faktion, Untergruppe einer Partei, in der Regel ohne politische Profilierung
JSP	Sozialistische Partei Japans
<i>Koenkai</i>	Unterstützungsvereinigung der Politiker in deren Wahlkreis
LDP	Liberaldemokratische Partei
SDF	Self Defense Forces (japanische »Selbstverteidigungstreitkräfte«)
<i>Shusei Giin</i>	»Erbabgeordneter«
<i>Sorifu</i>	Amt des Ministerpräsidenten
SSM	Social Stratification and Social Mobility

³⁸ Junichiro Koizumi stattete Nordkoreas Führer Kim Jong-il am 17. September einen überraschenden Besuch ab. Einer der wichtigsten Punkte auf seiner Agenda war die Klärung der Fälle von elf durch das Regime in Pyöngyang entführten Japanern. Vgl. A Bold Move by Koizumi, in: International Herald Tribune, 19.9.2002, S. 6.